

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	6
Literaturverzeichnis	8
Einleitung	13
ERSTER TEIL: DAS SCHWEIZERISCHE RECHT	14
§ 1 DIE UNABDINGBARKEIT	14
I. BEGRIFF	14
II. ENTWICKLUNG IM VERTRAGSRECHT	15
1. Vorbemerkung	15
2. Das alte Dienstvertragsrecht	15
3. Das Versicherungsvertragsgesetz (vom 2. April 1908)	16
4. Das BG über das Anstellungsverhältnis der Handelsreisenden (vom 13. Juni 1941)	16
5. Das Seeschiffahrtsgesetz (vom 23. September 1953)	17
6. Das BG über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen (vom 28. September 1956)	17
7. Das BG über die Revision des 10. Titels und des 10. Titelsbis des OR (Der Arbeitsvertrag) vom 25. Juni 1975	18
III. DIE UNABDINGBAREN ARBEITSRECHTLICHEN GESETZESVORSCHRIFTEN	18
1. Die unabdingbaren privatrechtlichen Gesetzesvorschriften	18
a. Allgemeines	18
b. Die einzelnen Gesetzesvorschriften	19
aa. Absolut zwingende Gesetzesvorschriften	19
bb. Zweiseitig zwingende Gesetzesvorschriften	19
cc. Einseitig zwingende Gesetzesvorschriften	20
2. Das öffentliche Recht	20
3. Das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis	21
IV. DIE UNABDINGBAREN BESTIMMUNGEN EINES GAV	22
1. Der GAV	22
2. Die normativen Bestimmungen des GAV	22
a. Abschlussnormen	23
b. Inhaltsnormen	23
c. Beendigungsnormen	23
3. Die Unabdingbarkeit der normativen Bestimmungen	24
4. Das Günstigkeitsprinzip	24
a. Begriff	24
b. Das Günstigkeitsprinzip nach Art. 357 Abs. 2 OR	25
aa. Problemstellung	25
bb. Entwicklung	26
cc. Beurteilung aus heutiger Sicht	27
dd. Weitere Argumente	29
ee. Ergebnis	31
ff. Ausblick	32
c. Das Günstigkeitsprinzip nach Art. 358 OR	32

§ 2	DIE UNVERZICHTBARKEIT NACH ART. 341 ABS. 1 OR	33
I.	DER VERZICHT	33
1.	Begriff	33
2.	Der Erlass	33
3.	Der Verzicht im Sinne des Art. 341	
	Abs. 1 OR	33
II.	DIE UNGÜLTIGKEIT EINES VERZICHTES	34
1.	Einleitung	34
2.	Entwicklung im Vertragsrecht	34
a.	Das VVG	34
b.	Das GAV-Recht im OR von 1911	35
c.	Das HRAG	35
d.	Das GAV-Recht von 1956	36
e.	Das geltende Arbeitsvertragsrecht	36
3.	Die Zeitspanne, innert welcher ein Arbeitnehmer nicht verzichten kann	37
a.	Beginn	37
b.	Ende	37
c.	Die vertragliche Verlängerung der einmonatigen Nachfrist	39
4.	Die Wirkung eines mit Art. 341 Abs. 1 OR kollidierenden Verzichtes	40
a.	Grundsatz	40
b.	Anwendung in Spezialfällen	42
aa.	Der Arbeitgeber fordert den Arbeitnehmer vor Ablauf der Nachfrist zum Verzicht auf	43
bb.	Der Arbeitgeber nimmt nach Ablauf der Nachfrist auf einen zuvor erfolgten nichtigen Verzicht Bezug	45
cc.	Der Arbeitnehmer hat einen nichtigen Verzicht vorgenommen, und beide Parteien schweigen nach Ablauf der Nachfrist	46
5.	Der Verzicht als Bestandteil eines Vergleichsvertrages	46
a.	Fragestellung	46
b.	Ratio legis	46
c.	Folgerungen	47
aa.	Die gegenseitigen Zugeständnisse der Parteien sind gleichwertig	47
bb.	Der Vergleich begünstigt einseitig den Arbeitgeber	47
d.	Beurteilungskriterien	47
6.	Rechtsmissbrauch des Arbeitnehmers	48
a.	Einleitung	48
aa.	Der Arbeitnehmer stimmt einer Vertragsklausel zu, welche gegen eine unabdingbare Gesetzes- oder GAV-Bestimmung verstösst, und beruft sich später auf deren Nichtigkeit	48
bb.	Der Arbeitnehmer verzichtet auf eine Forderung, die sich aus einer unabdingbaren Gesetzes- oder GAV-Bestimmung ergibt, und beruft sich später auf die Nichtigkeit dieses Verzichtes	49
cc.	Ergebnis und Ausgangslage	49

b.	Unzulässige Berufung auf Formmangel	50
c.	Die Verwirkung	52
aa.	Die Voraussetzungen auf der Arbeitnehmerseite	52
bb.	Der Zeitfaktor	52
cc.	Die Voraussetzungen auf der Arbeitgeberseite	53
§ 3	DIE UNVERZICHTBARKEIT DES LOHNGLEICHHEITSANSPRUCHES NACH ART. 4 ABS. 2 SATZ 3 BV	55
I.	EINLEITUNG	55
II.	RECHTSNATUR DER BESTIMMUNG	55
1.	Art. 4 BV im allgemeinen	55
a.	Art. 4 Abs. 1 BV	56
b.	Art. 4 Abs. 2 BV	56
2.	Der Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit	57
a.	Stellung in der BV	57
b.	Die Frage der Unverzichtbarkeit des Anspruchs	58
aa.	Die zwingende Wirkung	58
bb.	Die unmittelbare Wirkung	59
cc.	Folgerungen bezüglich Unverzichtbarkeit	60
§ 4	DER VERZICHT DES ARBEITGEBERS	64
I.	EINLEITUNG	64
II.	DER VERZICHT AUF EINEN UNABDINGBAREN GESETZLICHEN ANSPRUCH	64
1.	Entstehung von Art. 361 OR	64
2.	Folgerungen	65
3.	Ansprüche des Arbeitgebers gemäss Art. 342 Abs. 2 OR	67
III.	DER VERZICHT AUF EINEN UNABDINGBAREN GAV-ANSPRUCH	67
§ 5	DIE DURCHSETZBARKEIT DER UNABDINGBAREN BESTIMMUNGEN	70
I.	AUSGANGSLAGE	70
II.	ES IST KEIN GAV VORHANDEN	70
III.	EIN GAV IST VORHANDEN	70
1.	Es ist gemeinsame Durchführung im Sinne von Art. 357b OR vereinbart	70
2.	Gemeinsame Durchführung ist nicht vereinbart	71
§ 6	DIE VERJÄHRUNG	73
I.	DIE BEDEUTUNG VON ART. 341 ABS. 2 OR	73
II.	DIE NEUE TERMINOLOGIE DER ART. 128 ZIFF. 3 UND 134 ZIFF. 4 OR	73
1.	Art. 128 Ziff. 3 OR	73
2.	Art. 134 Abs. 1 Ziff. 4 OR	76
III.	SCHLUSSBEMERKUNG	76

ZWEITER TEIL: DAS RECHT DER UMLIEGENDEN STAATEN	77
§ 7 BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	77
I. VORBEMERKUNGEN	77
II. DIE UNABDINGBARKEIT	77
1. Die unabdingbaren Gesetzesvorschriften	78
2. Die unabdingbaren Bestimmungen des Tarifvertrages	78
III. DER VERZICHT AUF EINEN UNABDINGBAREN ANSPRUCH	79
1. Der Verzicht auf einen unabdingbaren gesetzlichen Anspruch	79
2. Der Verzicht auf unabdingbare tarifvertragliche Ansprüche	81
IV. VERJÄHRUNG UND VERWIRKUNG	82
§ 8 OESTERREICH	85
I. VORBEMERKUNGEN	85
II. DIE UNABDINGBARKEIT	85
1. Die unabdingbaren Gesetzesvorschriften	85
2. Die unabdingbaren Bestimmungen des Kollektivvertrages	87
III. DER VERZICHT AUF EINEN UNABDINGBAREN ANSPRUCH	88
1. Der Verzicht auf einen unabdingbaren gesetzlichen Anspruch	88
2. Der Verzicht auf einen unabdingbaren kollektivvertraglichen Anspruch	89
IV. VERJÄHRUNG UND VERWIRKUNG	89
§ 9 FRANKREICH	91
I. VORBEMERKUNGEN	91
II. DIE UNABDINGBARKEIT	91
1. Die unabdingbaren Gesetzesvorschriften	91
2. Die unabdingbaren Bestimmungen des Kollektivvertrages	92
III. DER VERZICHT AUF EINEN UNABDINGBAREN ANSPRUCH	93
IV. DIE VERJÄHRUNG	95
§ 10 ITALIEN	97
I. VORBEMERKUNGEN	97
II. DIE UNABDINGBARKEIT	97
1. Die unabdingbaren Gesetzesvorschriften	97
2. Die unabdingbaren Bestimmungen des Kollektivvertrages	98
III. DER VERZICHT AUF EINEN UNABDINGBAREN ANSPRUCH	99
IV. VERJÄHRUNG UND VERFALL	100
Zusammenfassung der Ergebnisse	103